

Soziale Härten abfedern - sozial und nachhaltig durch Herbst und Winter

Positionspapier des Landesvorstandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen, beschlossen am 30. August 2022

Auf die Bürger*innen im Land kommen immense Belastungen durch steigende Energie- und Lebensmittelkosten und drohende soziale Härten zu. Sie sind Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, besonders aber der schweren Versäumnisse bei der Gestaltung der Energiewende durch die vergangenen CDU-geführten Bundesregierungen. Weil weder im Bereich Wärme, noch im Strom- oder Verkehrsbereich die nötige Resilienz ausgebildet wurde und die nun verbleibende Zeit zur Vorbereitung knapp ist, stehen wir in den kommenden Herbst- und Wintermonaten vor so immensen Herausforderungen.

Krisen treffen Menschen, mit geringen Einkommen und sozialen Unterstützungsbedarfen immer am heftigsten. Dies gilt bundesweit, kommt aber im Freistaat Sachsen aufgrund der Einkommensstruktur noch stärker zum Tragen. Deshalb braucht es soziale Maßnahmen, um zielgerichtet die drohenden Härten für einkommensschwache Haushalte abzufedern. Hier ist die Bundesregierung in der Verantwortung. Während bisherige Entlastungspakete in die Breite gewirkt haben, muss das angekündigte dritte Entlastungspaket die Schwächsten unserer Gesellschaft – Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind und gleichfalls zielgenau Personengruppen mit geringen und mittleren Einkommen, die jetzt akut durch die aktuellen Entwicklungen auf Hilfe angewiesen sind – unterstützen.

Bewährte Instrumente der bisherigen Entlastungspakete, insbesondere ein Anschlussangebot für das 9€-Ticket, sollen fortgeführt werden. Hilfen, die gemacht werden, müssen für die Folgejahre degressiv gestaltet werden, d.h. nach einer Laufzeit abschmelzen, anstatt abrupt wegzufallen. Diese erforderlichen Unterstützungsleistungen bedürfen weiterer Spielräume im Bundeshaushalt. Es müssen alle Möglichkeiten für einen fairen Lastenausgleich in der Krise auf den Tisch, wie die Aussetzung der Schuldenbremse und eine verstärkte Besteuerung, insbesondere von Spitzeneinkommen und Übergewinnen. Die vom Bundesfinanzminister bislang vorgeschlagenen Steuerentlastungen sind zur Lösung der Probleme im Zusammenhang mit der Energiekrise und der sozialpolitischen Herausforderungen nicht geeignet.

Die Bewältigung der Krise erfordert ein gut abgestimmtes Vorgehen von Bund, Ländern und Kommunen. Es darf kein Flickenteppich an Maßnahmen entstehen. Solange Aussagen der Bundesregierung über bundesweite Entlastungsmaßnahmen ausstehen, sind Diskussionen über die Ausgestaltung eines sächsischen Härtefallfonds verfrüht. Deshalb erwarten wir ein zügiges Handeln vom Bund, um gegebenenfalls weitere Unterstützungsbedarfe im Freistaat zu identifizieren und bedarfsgerecht sowie zielgenau nachsteuern zu können.

Über die Frage konkreter Entlastungsmaßnahmen und finanzieller Zuschüsse hinaus bedarf es eines Mix' an Maßnahmen von direkten Energieeinsparungen, technischen Lösungen wie bspw. verbesserten Einstellungen von Heizungsanlagen sowie einer starken und flächendeckenden Infrastruktur an Beratungsangeboten. Hier ist auch der Freistaat in der Verantwortung, bereits jetzt Überlegungen anzustellen und Vorsorge zu treffen. Für uns stehen folgende Handlungsfelder im Vordergrund:

1. Menschen in Notsituationen zielgerichtet unterstützen – Entlastungen des Bundes im Blick behalten und Hilfen bei Bedarf ergänzen, zum Beispiel:

- Anpassung von Zuschüssen zu Heizkosten und Lebensunterhalt für zum Beispiel Bafög, BAB (Berufsausbildungsbeihilfe), Rentner*innen, Empfänger*innen von Grundsicherung, Empfänger*innen von persönlichen Budgets, ALG I und II und Asylbewerberleistungen
- kleine und mittlere Einkommen über den Grenzen der Grundsicherung/ALG II in den Blick nehmen und Grenzen für Wohngeld und andere Zuschüsse fortlaufend monitoren
- Energie- und Stromsperrern verhindern – Vereinbarungen mit den Versorgern treffen
- Sozial gestaffelte Unterstützungsleistungen für Energieschulden
- Stabilisierung der Versorgungssysteme für Menschen in Notlagen durch eine auskömmliche Finanzierung von Lebensmittelausgaben (Tafeln, Foodsharing-Initiativen) und Sozialkaufhäusern
- Sicherstellung der Finanzierbarkeit von Gemeinschaftsverpflegung in Kitas, Schulen und (stationäre) Einrichtungen sowie Förderung einer energetischen Sanierung von Großküchen und des Aufbaus von Gemeinschafts-/Quartiersküchen
- Finanzielle Unterstützung in Form von zinsfreien Mikrodarlehen zum Tausch alter „stromfressender“ Haushaltsgeräte gegen stromsparende Geräte
- Kampagnen zur Beratung über soziale Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie Bildungs- und Teilhabepaket und Wohngeldanspruch in einfacher und verständlicher Sprache

2. Kommunikation achtsam steuern – handlungsfähig bleiben und Ideen der Sächs*innen aufnehmen

- Online-Infoseite zu aktuellen Entwicklungen (FAQ) und digitale Landkarte der Beratungs- und Hilfsangebote auf der Startseite von www.sachsen.de
- Hotline an die Bürger*innentelefone angliedern, Erreichbarkeit sicherstellen
- Bürger*innen-Rat „Bewältigung der Energie- und Klimakrise und soziale Resilienz“ einsetzen, dessen Vorschläge im Landtag diskutieren und Empfehlungen für die Landkreise und Städte ableiten, hierfür ist zeitnah eine Rechtsgrundlage zu schaffen
- Regelmäßiges hybrides Kommunikationsformat der Landesregierung

3. Energiewende sozial-ökologisch gestalten – Nachhaltigkeit in der Krisenbewältigung sichern

- Neubau und Sanierungen ökologisch nachhaltig gestalten, Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigen
- Monitoring der Preisentwicklung der einzelnen Versorgungsräume (Stadtwerke)
- Monitoring für Gas- und Stromsperrern
- Energiearmutsberatung und Energiesparberatung ausbauen und bewerben, flächendeckend kurzfristige Beratungsangebote ermöglichen
- Kampagnen zum sinnvollen Energiesparen (ist bereits in Vorbereitung) und zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung starten
- Homeoffice für diejenigen ermöglichen, denen es (beispielsweise zur Einsparung von Mobilitätskosten) zur Entlastung nützt und rechtlichen Rahmen schaffen, um Mobilität und Heizen arbeitnehmerfreundlich zu gestalten

4. Soziale und öffentliche Einrichtungen warm und offen halten – Angebote des sozialen Miteinanders stärken

- Soziale Beratung und Hilfsangebote flächendeckend absichern: Beratungs- und Gewaltschutzeinrichtungen insbesondere bei den Betriebskosten unterstützen
- Beratungsangebote und Leistungserteilung brauchen Personalausstattung – Verwaltungsstrukturen vorbereiten und Flexibilität im öffentlichen Dienst honorieren
- Übernachtungshäuser, Wärmeräume und Speiseversorgung für wohnungs- und mittellose Menschen absichern

Wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen sehen die Herausforderungen dieser Krise und die Ängste der Menschen. Wir sehen uns in der Verantwortung, alle Generationen und Lebenslagen im Blick zu haben, soziale Härten abzufedern und zugleich den sozialökologischen Umbau voranzubringen. Es ist unsere Aufgabe, Zukunft zu gestalten und für gesellschaftliche Wärme zu sorgen.